

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Der Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten hat uns alle überrascht. Wir bedauern diesen Rücktritt und danken ihm herzlich für seine über viele Jahre geleistete Arbeit. Mit Ministerpräsident Christian Wulff haben CDU, CSU und FDP einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten nominiert, der über eine breite politische Erfahrung verfügt: Er führt in Niedersachsen seit langer Zeit sehr erfolgreich eine christlich-liberale Koalition und hat das Bundesland mit großer Umsicht, Weitblick und auf der Grundlage eines festgefügt Wertefundaments regiert. Christian Wulff zeichnet es aus, dass er zusammenführt und stets offen und neugierig auf die Menschen zugeht. Wir sind sicher, dass er ein hervorragender Bundespräsident werden wird.



Ingrid Fischbach, MdB mit dem Bundespräsidentenkandidaten und amtierenden MP Christian Wulff, MdL

IF

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Größtes Sparpaket in der Geschichte Deutschlands ...S.2
- Maßnahmen gegen Spekulanten ...S.3
- Kosovo-Mission erfolgreich ...S.3
- Einschränkungen der Religionsfreiheit in der Türkei ...S.4
- Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich ...S.5
- Wanderungsdefizit in Deutschland ...S.5
- Aufschwung gewinnt an Fahrt ...S.6
- 2. Familienreport ... S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Größtes Sparpaket in der Geschichte Deutschlands



In einer Sondersitzung der Bundestagsfraktion haben wir diese Woche über die Ergebnisse der Haushaltsklausur des Bundeskabinetts beraten. Dabei ist deutlich geworden, dass mit den Vorschlägen der Bundesregierung ein faires und ausgewogenes Programm vorliegt, das in die richtige Richtung weist. Insgesamt sollen bis zum Jahr 2014 durch den Abbau von Subventionen, der Beteiligung von Unternehmen, Einsparungen in der Verwaltung und der neuen Akzentuierung von Sozialgesetzen rund 81,6 Mrd. Euro weniger Schulden aufgenommen werden. Das Sparpaket ist damit das größte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Ingrid Fischbach: „Diese Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist zwingend notwendig, um die Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu verbessern, den Wohlstand unseres Landes auf Dauer zu sichern und unseren Kindern und Enkelkindern keine untragbare Schuldenlast aufzubürden. Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir diesen Weg beschritten: 2009 haben wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert; vor dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik standen wir kurz davor, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Diesen Weg setzen wir nun konsequent fort.“

Eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushaltes macht Einsparungen auch in den Bereichen Arbeit und Soziales erforderlich. Nur auf diese Weise wird es uns möglich sein, die Grundlagen eines solidarischen Gemeinwesens für nachfolgende Generationen zu bewahren und auch zukünftig noch denen zu helfen, die dazu aus eigener Kraft nicht im Stande sind. Gerade mit Blick auf die wirklich Bedürftigen gilt: Schulden machen ist unsozial.

Maßnahmen gegen Spekulanten

Der sichtbaren Erschütterung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte tritt die christlich liberale Koalition mit einem Gesetzentwurf entgegen, der potenziell krisenverstärkende Finanzmarkttransaktionen verbietet sowie mehr Transparenz bei diesen Geschäften schafft.

Ingrid Fischbach: „Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der Erkenntnis, dass Leerverkäufe in erheblichem Maße zu einer Destabilisierung der Kursentwicklung von Wertpapieren führen können. Deshalb werden ungedeckte Leerverkäufe von deutschen Aktien und Staatsschuldtiteln der Eurozone sowie Kreditderivate auf Staatsschuldtitel der Eurozone ohne Absicherungszwecke verboten. Darüber hinaus schafft der Gesetzentwurf eine gesetzliche Ermächtigung für ein Verbot entsprechender Derivate.“

Für Netto-Leerverkaufspositionen wird ein zweistufiges Transparenzsystem eingerichtet, das den Vorschlägen für ein entsprechendes gesamteuropäisches System folgt. Das Modell sieht zum einen eine Pflicht zur Unterrichtung der BaFin und zum anderen die Pflicht zur Veröffentlichung größerer Leerverkaufspositionen vor.

Kosovo-Mission erfolgreich

In dieser Woche haben wir über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) diskutiert und namentlich abgestimmt.

Ingrid Fischbach: „Zur Verbesserung der Sicherheitslage hat der Einsatz von KFOR maßgeblich beigetragen. Zwei Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung ist die Lage im Kosovo stabil. Seit dem vergangenen Jahr können wir unsere Soldatinnen und Soldaten verstärkt für die Ausbildung von Sicherheitskräften im Kosovo einsetzen und nun gemeinsam mit unseren Verbündeten die Missionsstärke deutlich verkleinern. Das Mandat sieht deshalb eine Reduktion der



Wußten Sie schon,

... dass die 30 wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 280 handelsbeschränkende Regelungen erlassen haben? Besonders protektionistisch sind Russland, Indonesien und Argentinien.

Obergrenze der Kräfte der Bundeswehr von 3500 auf 2500 vor.“

Dies ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel, das Kosovo so zu unterstützen, dass es ohne ausländische Truppen für seine Sicherheit sorgen kann. Trotz solider Wachstumsraten ist das Kosovo noch immer das wirtschaftliche Schlusslicht in Europa und muss enorme Herausforderungen bewältigen. Korruption und organisierte Kriminalität bleiben zentrale Probleme des jungen Staates. Die Verfassung des neuen Staates garantiert die Sicherheit und Gleichberechtigung auch für die Kosovo-Serben, die dort lebenden Roma und andere Minderheiten. Aber erst dann, wenn alle Ethnien im Kosovo auch im Alltag in Freiheit und Sicherheit leben können, wird das Kosovo zur Ruhe kommen.



Einschränkung der Religionsfreiheit in der Türkei

Eine Delegation der Bundestagsfraktion hat in der vergangenen Woche die Türkei besucht, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der christlichen Minderheit zu machen. Nach Gesprächen in Istanbul reiste die Delegation weiter nach Südostanatolien zum Kloster Mor Gabriel.

Ingrid Fischbach: „Gespräche mit Vertretern fast aller Konfessionen zeigen, dass die Religionsfreiheit in der Türkei nicht im vollen Umfang gewährt wird. Besonders drastisch sind die Einschränkungen für die religiösen Minderheiten. So ist den Kirchen etwa die Ausbildung des geistlichen Nachwuchses verboten. Gleiches gilt für das Unterrichten der eigenen Sprache. So dürfen beispielsweise die syrisch-orthodoxen Christen keinen Unterricht in Aramäisch, der Sprache Jesu Christi anbieten. Besonders prekär ist die Lage des Klosters Mor Gabriel, das aufgrund einer Reihe von vor Gericht ausgetragenen Streitigkeiten um Liegenschaften sich in seiner Existenz bedroht sieht. Die gravierenden Einschränkungen der

Religionsfreiheit in der Türkei sind nicht akzeptabel und müssen im Rahmen unserer wertegeleiteten Außenpolitik auch mit den Vertretern der türkischen Regierung besprochen werden.“



Arbeitsmarktpolitik der Union erfolgreich

Die Zahl der Erwerbslosen ist im Mai erneut deutlich gesunken. Im Vergleich zum Vormonat ging sie um 165.000, im Vergleich zum Vorjahr um 217.000 Personen zurück. Insgesamt waren im vergangenen Monat 3.242.000 Menschen ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote sank damit um 0,4 Prozentpunkte auf 7,7 Prozent. Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit ging zugleich ein Zuwachs der Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung einher: Saisonbereinigt stieg die Zahl der Erwerbstätigen im April um 38.000 auf 40,12 Millionen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im März um 82.000 auf 27,38 Millionen. (Quellen: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)

Wanderungsdefizit in Deutschland

Im vergangenen Jahr sind 721.000 Personen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gezogen. Dies waren 39.000 Zuzüge mehr als im Jahr 2008 (+6 Prozent). Hauptherkunftsländer waren Polen (123.000), Rumänien (56.000), die USA (30.000), die Türkei (30.000) und Bulgarien (29.000). Auch die Zahl der Zuzüge deutscher Personen ist mit rund 115.000 gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Ingrid Fischbach: „Gleichzeitig wurden im selben Zeitraum rund 734.000 Fortzüge verzeichnet. Die Hauptzielländer der Auswanderer waren Polen (123.000), Rumänien (44.000), die Türkei (40.000), die USA (36.000) und die Schweiz (30.000). Insgesamt ergibt sich damit ein Wanderungsdefizit von 13.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Wanderungsdefizit durch die höhere Zuwanderung um etwa



Spruch der Woche

"Ich bedauere diesen Rücktritt aufs Allerhärteste."

Angela Merkel
(CDU) zum Rücktritt des
Bundespräsidenten
Horst Köhler

43.000 Personen verringert. In den Jahren 1985 bis 2007 konnte jeweils ein Wanderungsüberschuss verzeichnet werden.“



Aufschwung gewinnt an Fahrt

Nach zwei schwachen Quartalen erholt sich die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet ein kräftiges Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 Prozent. Maßgeblich für den Aufschwung sind die Industrie und Bauwirtschaft.

2. Familienreport

Der in diesem Jahr zum zweiten Mal vorgestellte Familienreport zeigt deutlich, dass Männer viel stärker an der Erziehung ihrer Kinder teilhaben als es früher der Fall war und Frauen mehr als zuvor zum Familieneinkommen beitragen.

Ingrid Fischbach: „Insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist Familie ein wichtiges Element in unserer Gesellschaft, in der viele Kräfte und Potentiale schlummern, die sich durch eine adäquate familienfreundliche Arbeitswelt optimal entfalten können. Der Familienreport belegt, dass sich die Zahl der Väter, die Partnermonate in Anspruch nehmen, seit Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 nahezu verfünffacht hat. Eine Regelung, von der nicht nur die Eltern, sondern auch Unternehmen profitieren. Jeder fünfte Vater nahm im Jahr 2009 die sogenannten Partnermonate in Anspruch, darunter auch viele Väter in Führungspositionen. Rund 60 Prozent der Väter haben sich dafür ausgesprochen, Elternzeit zu nehmen. Der Familienreport macht ebenso deutlich, dass immer mehr Frauen Hauptverdiener in Familien sind. Ihr Anteil stieg zwischen 1991 und 2006 von 7 auf 11 Prozent, im Osten Deutschlands sogar von 11 auf 15 Prozent.“



... das Allerletzte!

Seitdem vor mehreren Wochen die Ölbohrinsel des Konzerns BP im Golf von Mexiko gesunken ist, strömen täglich zwei bis drei Millionen Liter Rohöl ins Meer. Damit wurde das Meer nach Expertenrechnungen bisher mit insgesamt 190 Millionen Litern Rohöl verpestet.